

Biokraftstoffe: Zertifizierung wird konkret

Von Nicole Paul, Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.

2007 hatte das Kölner Unternehmen meó Consulting Team (meó) mit Förderung des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) ein Konzept für die Zertifizierung von Biomasse zur Energieerzeugung entwickelt. Damit soll die Einhaltung von Nachhaltigkeitskriterien insbesondere bei der Biokraftstoffproduktion belastbar belegt werden können. Zum 1. Februar startete nun mit BMELV-Finanzierung eine zweijährige Pilotphase, die zeigen wird, wie praxistauglich der Ansatz ist.

Sowohl die Bundesregierung als auch die EU-Kommission sehen in aktuellen Gesetzesentwürfen Nachhaltigkeitsnachweise als Voraussetzung für die Förderung von Biokraftstoffen vor (**siehe Kasten**). Zertifikate können einen solchen Nachweis darstellen. Zertifizierungssysteme gibt es zwar bereits, etwa im Kaffee- und Holzsektor, da ist ihr Einsatz jedoch freiwillig und deckt entsprechend nur Teilmärkte ab. Nun gilt es, ein Verfahren zu entwickeln, das möglichst die gesamte Biomasseproduktion erfasst. Denn der Markt für Rohstoffe wie Palm- und Sojaöl, die für Energie- und Nahrungszwecke gleichermaßen geeignet sind, wächst ständig. Wird er nur teilweise kontrolliert, droht der nicht-zertifizierte Teil auf Regenwald- oder andere wertvolle Flächen auszuweichen, womit nichts gewonnen wäre. Das meó-Modell ist so konzipiert, dass es nach der Pilotphase sämtliche pflanzlichen Rohstoffe, Erzeugerländer und Verwendungspfade einbeziehen kann. Mit der EU, Argentinien, Brasilien, Indonesien und Malaysia sind bereits fast alle wichtigen Rohstoffproduzenten dabei. Die spätere Überführung in ein globales System gelingt jedoch nur, wenn auch die Nachfrageseite mitzieht, das heißt, wenn verarbeitende Industrie und Politik weltweit Nachhaltigkeit von den Lieferanten einfordern bzw. gesetzlich verankern.

Das Projektmanagement der Pilotphase liegt bei meó. Die Kölner beteiligen Unternehmen aus Landwirtschaft, Handel, Biokraftstoffindustrie, Automobil- und Mineralölindustrie sowie Forschungs- und Umweltschutzeinrichtungen an dem Projekt. Neben der Auswahl einer geeigneten Zertifizierungsmethode steht auch der Nachweis der Treibhausgasemissionen entlang der Wertschöpfungsketten auf der Agenda. Zudem sollen mit Hilfe eines Metasystems andere Zertifizierungsansätze und -systeme integriert werden. Damit will man vermeiden, dass Biomasselieferanten die Anforderungen gleich mehrerer, kostenaufwändiger Zertifizierungsverfahren erfüllen müssen.

Als Zertifizierungsmethode selbst stehen hauptsächlich drei Ansätze zur Diskussion: Bei **Book- & Claim** sind die Nachhaltigkeits-Zertifikate nicht an konkrete Biomasseströme gekoppelt. Stattdessen werden landwirtschaftliche Betriebe für ihren umweltgerechten Anbau zertifiziert, sie verkaufen ihre Biomasse und ihre Zertifikate jedoch auf zwei getrennten Märkten. Der Biokraftstoffhersteller wiederum erwirbt für die von ihm eingesetzte Biomasse die entsprechende Menge Zertifikate über einen elektronischen Handelsplatz. Die Biomasse selbst muss aber nicht aus dem zertifizierten Betrieb stammen. Dreh- und Angelpunkt bei dieser Methode ist die Nachfrage nach den Zertifikaten. Wird sie stimuliert, etwa durch die geplante Nachhaltigkeitsverordnung in Deutschland, steigt die Zahl der zertifizierten Betriebe und damit auch die nachhaltige Produktion. Book & Claim gilt als leicht installierbare, kostengünstige und relativ betrugssichere Variante. Ein derart pragmatisches System ist von Vorteil, denn bei einem geschätzten Nachfragevolumen von 6 bis 7 Milliarden Litern Biokraftstoffen im Jahr 2015 allein in Deutschland droht der administrative Aufwand sonst auszufern.

Mass balance koppelt die Nachhaltigkeitsnachweise an physische Biomasseströme. Es ist allerdings möglich, diese beim Transport und auch bei der Lagerung mit nicht-nachhaltiger

Biomasse zu mischen. Das Mischungsverhältnis muss entlang der Handelskette erfasst und überprüft werden.

Hard IP (IP steht für Identity Preservation, dt. Herkunftsnachweis) ist das strengste Modell: Das Zertifikat begleitet die Biomasse von der Erzeugung bis zur Verwendung, die Rohstoffe dürfen ausschließlich getrennt von nicht nachhaltiger Ware gelagert und gehandelt werden. Welche der drei Methoden am praxistauglichsten ist, soll sich in der Pilotphase herausstellen.

„Dieses Projekt ist der zurzeit wohl am weitesten gediehene und konkreteste Ansatz zum Nachweis von Nachhaltigkeit. Zugleich ist es sehr umfassend: Es bezieht nicht nur die meisten großen Anbau- und Handelsländer mit ein, sondern deckt mit Soja, Zuckerrohr, Ölpalmen, Mais, Raps, Weizen und Zuckerrüben auch alle wichtigen Rohstoffe ab,“ erklärt Andreas Schütte, Geschäftsführer der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR), die das Vorhaben als Projektträger des BMELV betreut.

„Wichtig ist aber,“ so Schütte weiter, „das System auch tatsächlich so schnell wie möglich auf die gesamte Agrarrohstoffe verarbeitende Industrie zu übertragen.“

Kasten Politischer Kontext

Grundlage für die Zertifizierung sind mehrere Gesetzes- bzw. Verordnungs- und Richtlinienentwürfe.

Auf EU-Ebene ist der Richtlinien-Entwurf zur Förderung erneuerbarer Energien der EU-Kommission vom Januar 2008 relevant, der neben einem für alle Mitgliedsstaaten gleich hohen und verbindlichen Biokraftstoff-Anteil von zehn Prozent auch Aussagen zu dessen Nachhaltigkeit macht: So sollen nur die Biokraftstoffe anrechenbar sein, die mindestens 35 Prozent Treibhausgase gegenüber Mineralölprodukten einsparen und nicht von wertvollen Flächen stammen. Als Zertifizierungsmethode favorisiert die Kommission das Mass-Balance-System, das 2010 und 2012 aber noch einmal zur Diskussion gestellt werden soll.

Im Dezember 2007 legte die Bundesregierung einen Entwurf für eine Nachhaltigkeitsverordnung für Biokraftstoffe vor, die unter anderem vorschreibt, dass das Treibhausgas-Verminderungspotenzial mindestens 30 Prozent und ab 1. Januar 2011 mindestens 40 Prozent betragen muss. Zudem werden Flächen definiert, die für die Biokraftstoffproduktion tabu sind. Schnittstelle, die die Nachhaltigkeit für die gesamte Wertschöpfungskette belegen muss, soll der Betrieb sein, der aus der eingesetzten Biomasse Biokraftstoffe herstellt. Ist diesem Betrieb eine Ölmühle vorgelagert, ist auch diese zusätzlich Schnittstelle. Schnittstellen müssen Mitglied in einem Zertifizierungssystem sein.

Die deutsche Nachhaltigkeitsverordnung ist zurzeit zur Notifizierung bei der EU-Kommission. Diese kann eine Anpassung der Verordnung fordern, wenn sie zu stark von ihren eigenen Vorstellungen abweicht.

In Europa arbeiten außerdem noch die Niederlande, Großbritannien und die Schweiz an Zertifizierungssystemen bzw. an rechtlichen Rahmenbedingungen dafür.

Siehe auch: <http://cgse.epfl.ch/page656660.html>

<http://www.dft.gov.uk/pgr/roads/environment/rtfo/>